

Nr. 420

Neuer Kohäsionsbericht liefert Daten für Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020

In den beiden Gastbeiträgen zum Thema „Europäische Struktur- und Investitionsfonds“ informieren wir über den am 09. Oktober 2017 von der Europäischen Kommission veröffentlichten „Siebten Kohäsionsbericht“. Alle drei Jahre analysiert die EU ihre Regionen im Hinblick auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU und bündelt die Ergebnisse im Kohäsionsbericht. Dieser ist somit mehr als nur eine Momentaufnahme. Von 2014-2020 stehen insgesamt 351,8 Mrd. Euro für die Kohäsionspolitik zur Verfügung, Deutschland erhält rund 19,2 Mrd. Euro.

Der Kohäsionsbericht enthält Informationen, wie sich der Zusammenhalt in der jüngeren Vergangenheit in den Regionen der EU entwickelt hat, sowie Bewertungen zu den Auswirkungen der nationalen Politik, der Kohäsionspolitik und anderer Politikbereiche der EU. Zum anderen enthält der Bericht eine Überprüfung der Maßnahmen zur Schaffung einer Verbindung zwischen der Wirksamkeit der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und der ordnungsgemäßen wirtschaftlichen Steuerung.

Der aktuelle Bericht kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass die europäische Wirtschaft nach den Krisenjahren wieder auf die Beine kommt, es aber nach wie vor ein Gefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten wie auch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten gibt. Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, plädierte daher im Rahmen der Veröffentlichung für mehr Zusammenhalt innerhalb der EU.

Zudem liegen die öffentlichen Investitionen in der EU immer noch unter dem Vorkrisenniveau, doch benötigen die Regionen und die Mitgliedstaaten sogar noch mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen, die im Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen (https://ec.europa.eu/commission/publications/reflection-paper-future-eu-finances_de) genannt sind: digitale Revolution, Globalisierung, demografischer Wandel, sozialer Zusammenhalt, wirtschaftliche Konvergenz und Klimawandel.

Angesprochen werden im Bericht eine EU-weite Politik mit drei Hauptzielen: die Globalisierung meistern, niemanden zurücklassen und Strukturreformen unterstützen.

In den letzten zehn Jahren, als in vielen Mitgliedstaaten die wachstumsunterstützenden öffentlichen Investitionen abrisen, wurden lt. Bericht in der EU unmittelbar 1,2 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Die wirtschaftlichen Lücken in den Regionen wachsen nun langsam wieder zu. Im Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen wurde die Debatte mit der Frage eröffnet: Soll sich die Kohäsionspolitik nun nur noch auf weniger entwickelte Regionen konzentrieren? Wie aus dem Kohäsionsbericht hervorgeht, legen die Regionen zu, jedoch nicht alle im selben Tempo. Viele Regionen, deren Wohlstand nahe am EU-Durchschnittswert liegt, scheinen in einer „mittleres-Einkommen-Falle“ zu stecken. Manche haben bislang lediglich die Kosten der Globalisierung getragen, ohne Nutzen daraus ziehen zu können, was oftmals zu erheblichen Beschäftigungsverlusten und dem Fehlschlagen des industriellen Wandels geführt hat. Diese Regionen benötigen weitere finanzielle Unterstützung, um die Beschäftigung und den strukturellen Wandel zu fördern.

Außerdem wird im Bericht betont, dass die Höhe der gegenwärtigen Investitionen nicht ausreicht, um die für 2030 festgesetzten Ziele für den Anteil der erneuerbaren Energien und die Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Daher sollen alle EU-Regionen weiter gefördert werden, um die CO₂-Emissionen zu verringern.

Wenn sich die Regionen in einer globalisierten Wirtschaft behaupten wollen, müssen sie ihre Volkswirtschaften modernisieren und Wertschöpfung erreichen. Da nur eine Handvoll EU-Regionen heute eine Vorreiterrolle einnehmen kann, sind weitere Investitionen in Innovation, Digitalisierung und Senkung der CO₂-Emissionen erforderlich. Neben der Förderung sollte auch eine effiziente Verknüpfung zwischen Forschungszentren, Unternehmen und Dienstleistungen angestrebt werden.

In manchen Regionen kommt es zu Massenabwanderungen, viele Städte dagegen geraten infolge des Zustroms von Neuankömmlingen auf der Suche nach besseren Perspektiven, darunter auch Migrantinnen und Migranten, unter Druck. Zwar erreichte die EU-Beschäftigungsquote einen neuen Höchststand, doch liegt die Arbeitslosenquote, vor allem bei den jungen Menschen, immer noch über dem Vorkrisenniveau. Es sind weitere Investitionen erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Menschen bei der Weiterentwicklung ihrer Fertigkeiten und der Gründung von Unternehmen zu unterstützen und gleichzeitig Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen. Davon hängt der soziale Zusammenhalt innerhalb der Union in der nahen Zukunft ab.

Der aktuelle Kohäsionsbericht dürfte ein weiteres wichtiges Dokument im Hinblick auf die bereits im Gastbeitrag der EU-Verwaltungsbehörden für die ESI-Fonds in Sachsen-Anhalt in dieser KNSA-Ausgabe beschriebene Diskussion zur Zukunft der Struktur- und Investitionsfonds nach 2020 darstellen. Er soll den Entscheidungsträgern helfen, klarer und objektiver zu erkennen, was erreicht wurde und was im Finanzierungszeitraum nach 2020 noch getan werden muss. Der Bericht nimmt aber den endgültigen Vorschlag der Kommission zur zukünftigen Ausrichtung nicht vorweg. Anfang 2018 wird die Kommission eine öffentliche Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik einleiten. Im Mai 2018 wird die Europäische Kommission dann ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen, gefolgt von den Vorschlägen für die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020.

Der umfangreiche Kohäsionsbericht „*My Region, My Europe, Our Future - Seventh report on economic, social and territorial cohesion*“ liegt derzeit nur in englischer Sprache vor. Es besteht die Möglichkeit, eine deutsche Zusammenfassung unter folgendem Link abzurufen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/cohesion-report/

(Quellen: Pressemitteilung der EU-Kommission vom 09.10.2017, EU-Wochenspiegel 36/17 vom 12.10.2017 der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Kommission)

KNSA 420/2017 vom 24.10.2017 jl-ri